

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/1212 –**

Deutschland muss weiterhin in der Reaktorsicherheitsentwicklung eine führende Rolle einnehmen – Zusagen an Frankreich müssen eingehalten werden

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, gegenüber Frankreich abgegebene Zusagen für den Bau des Prototyps des europäischen Druckwasserreaktors (EPR) einzuhalten und alles zu unterlassen, was zu einem weiteren Vertrauensverlust im Rahmen des deutsch-französischen Gemeinschaftsprojektes auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit führen könne.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung

Die Mehrheit des Ausschusses verweist auf ihren Beschluss zur Beendigung der Kernenergienutzung. Dies schließe den Verzicht auf den EPR mit ein. Bindende Zusagen der Bundesregierung in dieser Sache gegenüber Frankreich gebe es zudem nicht. Insofern sei der Antrag abzulehnen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/1212 abzulehnen.

Berlin, den 5. April 2000

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie
Vorsitzender

Horst Kubatschka
Berichterstatter

Kurt-Dieter Grill
Berichterstatter

Michael Hustedt
Berichterstatterin

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Horst Kubatschka, Kurt-Dieter Grill, Michaelae Hustedt, Birgit Homburger und Eva-Maria Bulling-Schröter

I. Der Antrag auf Drucksache 14/1212 wurde in der 81. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Januar 2000 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Rechtsausschuss** und der **Haushaltsausschuss** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. und Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat auf eine Stellungnahme zu dem Antrag verzichtet.

II. Mit dem Antrag auf Drucksache 14/1212 soll zunächst festgestellt werden, dass die Kernenergie ein wesentliches Element der in- und ausländischen Stromversorgung sei und es eine Welt ohne Kernenergie auf absehbare Zeit nicht geben werde. Daher sei es geboten, den kerntechnischen Sicherheitsstandard auch in Zukunft weiterzuentwickeln. Der europäische Druckwasserreaktor (EPR) beinhalte ein fortgeschrittenes, modernes Reaktorsicherheitskonzept mit einer zusätzlichen Sicherheitsstufe und effizienterer Brennstoffnutzung. Er stelle einen wichtigen Baustein im Rahmen des zukünftigen Energiemixes in Europa dar.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, gegenüber Frankreich abgegebene Zusagen für den Bau des Prototyps des EPR einzuhalten und alles zu unterlassen, was zu einem weiteren Vertrauensverlust im Rahmen des deutsch-französischen Gemeinschaftsprojektes auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit führen könne.

III. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 14/1212 in seiner Sitzung am 5. April 2000 beraten.

Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde ausgeführt, durch eine Vereinbarung der früheren Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Angela Merkel, mit dem französischen Industrieministerium sei ein gemeinsames deutsch-französisches Gutachterverfahren für den europäischen Druckwasserreaktor (EPR) eingerichtet worden, in dem zum ersten Mal länderübergreifend gemeinsam an Regeln, Richtlinien und Vorschriften zur Reaktorsicherheit gearbeitet worden sei. Die neue Bundesregierung habe nun die Zusammenarbeit an den neuen Sicherheitsanforderungen aufgekündigt. Um die Chance auf ein Mitspracherecht bei der zukunftsweisenden neuen Entwicklung eines EPR nicht zu verspielen, fordere man mit dem vorliegenden Antrag die Bundesregierung auf, deutsche Regierungszusagen und -vereinbarungen gegenüber Frankreich einzuhalten.

Von Seiten der Fraktion der F.D.P. wurde festgestellt, man unterstütze den vorliegenden Antrag und appelliere an die Bundesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Deutschland seinen Beitrag zum internationalen technischen Fortschritt im Bereich der Reaktorsicherheit weiterhin leisten könne.

Von Seiten der Fraktion der SPD wurde darauf hingewiesen, die Regierungsfaktionen hätten gemeinsam beschlossen, die Kernenergienutzung zu beenden. Deshalb wolle man sich auch nicht an der weiteren Entwicklung des EPR beteiligen. Frankreich habe zudem seinerseits die Entscheidung zum EPR zurückgestellt, da er von den Stromerzeugungskosten her gesehen in einem liberalisierten europäischen Markt keine Chance habe. Schließlich gebe es in dieser Sache keine bindenden Zusagen deutscher Regierungen gegenüber Frankreich, so dass der Antrag auch von daher ohne Gehalt und somit abzulehnen sei.

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ergänzend ausgeführt, Kernenergietechnik sei eine Auslauftechnologie. Den Versuch, ihr das Etikett „Zukunftstechnologie“ zuzuweisen, weise man zurück.

Von Seiten der Fraktion der PDS wurde festgestellt, man spreche sich für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergienutzung aus und lehne deshalb einen Antrag, der die Option der Kernenergienutzung offen halten wolle, ab.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/1212 abzulehnen.

Berlin, den 10. Mai 2000

Horst Kubatschka
Berichtersteller

Kurt-Dieter Grill
Berichtersteller

Michaelae Hustedt
Berichtersterlin

Birgit Homburger
Berichtersterlin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichtersterlin

